

Auswege aus der zunehmenden Flächenkonkurrenz

Die Konkurrenz um Flächen verschärft sich sowohl international als auch in Deutschland. Steigende Pacht- und Kaufpreise für landwirtschaftliche Flächen unterstreichen dies deutlich. Das ist die Folge zahlreicher Ansprüche an diese grundlegende und nicht weiter vermehrbare Ressource, während heute schon mehr als 110% der landwirtschaftlichen Flächen in Deutschland für die Nahrungsmittelversorgung benötigt werden. Weitere Ansprüche werden durch die Substitution der stofflichen Nutzung des Erdöls, durch den weiterhin ansteigenden Anteil an Siedlungs- und Verkehrsflächen erhoben sowie durch den Ausbau der erneuerbaren Energien. Während historisch rückblickend die Nutzung der fossiler Energieträger den drohenden Kollaps der teilweise drastisch übernutzten Landschaft vermieden haben, eröffneten sie zugleich die Möglichkeit, Waren und Güter beinahe beliebig zu transportieren. Damit wurden rückgekoppelte, eng verflochtene Prozesse zwischen Erzeugern und Konsumenten auf der lokal-regionalen Ebene aufgebrochen und scheinbar obsolet.

In der Folge wuchsen die Ansprüche weit über die verfügbaren Ressourcen hinaus, so dass diese nur noch über die globale, faktische Landnahme an anderen Orten befriedigt werden können – mit den hinreichend bekannten Folgen der Übernutzung des Naturhaushaltes, unfairem Handelsbeziehungen bis hin zum Landgrabbing. Die Verminderung der Flächenkonkurrenz ist deshalb ein wichtiger Beitrag zum friedlichen Miteinander der Völker. Lösungsansätze müssen sich nicht nur an der tatsächlich verfügbaren Fläche orientieren, sondern zugleich Restriktionen in der Nutzung zur Sicherung der langfristigen Nutzbarkeit der Flächen akzeptieren (Funktionsfähigkeit der Landschaft). Wenngleich alle Ansätze zur Reduktion des Ressourcenbedarfes auch zu verringerter Flächennachfrage führen können, erscheint es zielführend, auch an der primären Ressource Fläche direkt anzusetzen.

Die Steigerung der Flächenproduktivität ist für viele Prozesse bereits weit ausgereizt bzw. besteht hier die Gefahr, die Funktion des Naturhaushaltes in Frage zu stellen (z. B. durch Versauerung, Stoffausträge aus den Oberböden). Staatliche normative Regelungen, wie z. B. die Begrenzung der Netto-Flächenneuanspruchnahme auf 0 ha/Tag, wären denkbar, würden aber das Problem der schon bestehenden Übernutzung nicht lösen, wirkten lediglich sektoral und erscheinen derzeit kaum durchsetzbar. Die Veränderung der Lebensstile und die Frage nach dem Maß der notwendigen Suffizienz sind Dreh- und Angelpunkt, wenngleich dieser nach unserer Einschätzung auf demokratische Weise weniger direkt als über die Vermittlung von Wissen und Werten beeinflusst werden kann.

Wesentlich umfassender könnte eine Kombination von linearer Besteuerung fossiler Energie und progressiven Besteuerung des Bodenwertes wirken, da diese unter richtig gesetzten Randbedingungen zugleich zu entlastenden Folgeeffekten führen und zum Schutz der landwirtschaftlich genutzten Böden beitragen könnten. Dazu gehört die wesentlich engere und mit weniger Transportenergie zu bewerkstellende Verflechtung von Produktion und Konsumtion (Regionalisierung) ebenso wie Formen der Mehrfachnutzung der Siedlungen und der Landschaft, bei denen in Anlehnung an gereifte Ökosysteme durch Prozesskopplungen Energiedissipation und Landschaftsstabilität gesteigert werden kann. Zugleich wird der prinzipiell

positive, durch falsche Randbedingungen aber derzeit kaum wirksame, Effekt der Flächenkonkurrenz, nämlich die Allokation der Nutzungen im Raum zu optimieren, so wieder wirksam. Damit wäre ein Ausgangspunkt für eine gesellschaftliche wie räumliche Selbstorganisation gegeben, die zu einer nachhaltigeren Landnutzung führte.

AK Zukunftsfähige Raumnutzung (Christian Hildmann, Uwe Scheibler)